Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bildung

Jugoslawien

Schulwesen im Auf- und Ausbau

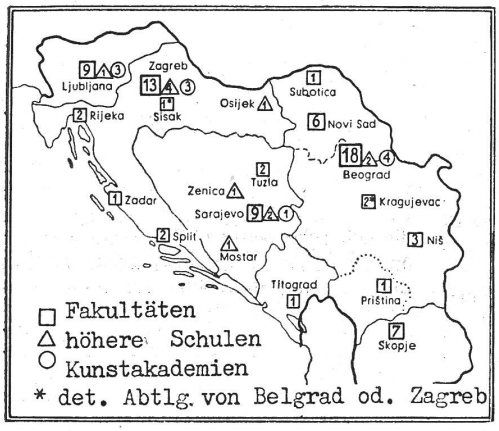
Die beschleunigte Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft und der Sozialdienste hat die Gründung neuer und die Erweiterung der bestehenden Hochschulen gefördert, da die Nachfrage nach hochqualifizierten Fachleuten immer grösser geworden ist.

Zu Anfang des Schuljahres 1960/1961 existierten in Jugoslawien 202 Institute für Hochschulbildung, davon 75 Fakultäten mit drei detachierten Abteilungen, 12 Hochschulen, 11 Kunstakademien und 104 sogenannte höhere Schulen (die letzteren stellen eine Zwischenstufe zwischen Universität und Mittelschule dar). Allein 1960/1961 wurden 16 Fakultäten, 3 detachierte Abteilungen der Fakultäten, 3 Hochschulen und 44 höhere Schulen gegründet. So existieren heute in Jugoslawien 6 Universitäten: Belgrad (1863), Zagreb (1874), Ljubljana (1813), Sarajewo (1949), Skopje (1946) und Novi Sad (1960/1961).

Neugegründet wurden 1960/1961 folgende *Fakultäten:* Fakultät für Philosophie in Pristina, für Philologie in Belgrad, für Naturwissenschaften in Sarajevo, für Volkswirtschaft in Subotica und Titograd, für Rechts- und Volkswirtschaft in Nis, für Medizin in Novi Sad und Nis, für Maschinenbau in Novi Sad und Rijeka, für Technik in Nis, für Bergbau in Tuzla, für Verkehr in Belgrad, für Elektronik und chemische Technologie in Split, für Maschinenwesen und Elektronik in Ljubljana, eine Abteilung der Belgrader Fakultät für Maschinenbau in Kragujevac, eine Abteilung der Zagreber Fakultät für Technologie in Sisak und eine Abteilung der Belgrader Fakultät für Volkswirtschaft in Kragujevac.

Kunstakademien: Im Jahre 1938/1939 existierten nur 5 Kunstakademien, davon 2 für bildende Kunst (Belgrad und Zagreb) und 3 Musikakademien (Belgrad, Zagreb und Ljubljana). 1960/1961 gibt es bereits 11 Kunstakademien (4 Musik, 3 Theater, 3 bildende Kunst, 1 gewerbliche Kunst).

Die 12 erwähnten Hochschulen haben Fakultätsrang und einen dreistufigen Fakultätsunterricht (politische Wissenschaften 1, Körperkultur 3, Maschinentechnik 3, technische Metallurgie 1, Verwaltungswissenschaften 1, Landwirtschaft 1, Wirtschaft 2 Hochschulen). Der Hochschule für politische Wissenschaft in Belgrad obliegt die Ausbildung des marxistisch-leninistischen Kaders.



Zu Anfang des Schuljahres 1960/1961 existierten in Jugoslawien 104 höhere Schulen. Sie dienen der Ausbildung des Unterrichts, des Verwaltungskaders, der Sozialarbeiter sowie des Kaders der Wirtschaft, Technik, Verkehr, Landwirtschaft u. Medizin.

Aufbau

UdSSR

Nach der Bauplanung kommt der Umbau

Im Rahmen des Siebenjahresplanes sollen in der Sowjetunion zahlreiche neue Krankenhäuser und Polikliniken gebaut werden. Allein für das Jahr 1961 ist ihre Zahl mit 1100 geplant. Planmässig geht man natürlich auch bei der Ausarbeitung der Baupläne vor, die aber laut Zeitungsberichten oft mangelhaft sind. Für die Ausarbeitungen der Baupläne für die Krankenhäuser und Polikliniken in Standardausführung ist das Amt «Giprozdrav» des Gesundheitsministeriums der UdSSR zuständig. Dieses Amt liefert auch den anderen Organisationen, die sich mit dem Bau der nichtstandardisierten Spitäler befassen, die nötigen Unterlagen, Berechnungen und Pläne für einzelne spezielle Abteilungen sowie Zusammenstellungen über die Spitaleinrichtungen.

Trotz, oder gerade wegen dieser vielen Amtsstellen, die sich mit dem Spitalbau befassen, werden Krankenhäuser gebaut, die dann sofort umgebaut werden müssen. In den sonst modern eingerichteten Gebäuden fehlt es zum Beispiel an Abfalleitungen und die Abfälle werden von Hand in den Eimern im ganzen Haus herumgetragen, weil aus hygienischen Gründen die Aufzüge zu diesem Zweck nicht benützt werden dürfen. Zur Bedienung der Aufzüge braucht es zusätzliches Personal, weil sie nur von innen bedient werden können. In den meisten Fällen gibt es auch keine Sauerstoffzentrale und die schweren Sauerstoffbehälter müssen von Stockwerk zu Stockwerk transportiert werden. Eigentümlicherweise sind gemäss Bauplänen in jedem Block der Spitäler eigene Küchen vorgesehen, was zu unrationeller Arbeit und zu unnötiger Personalvermehrung führt.

Als sehr nachteilig erweist sich die Praxis, dass bei der Planung neuer Krankenhäuser die leitenden Aerzte nicht beigezogen werden. Die Mediziner verlangen eine bessere Bauplanung, eine grössere Auswahl der Standardprojekte und eine bessere Kontrolle über die Bautätigkeit seitens des Unionsamtes «Giprozdrav», damit die kaum fertigen Polikliniken und Krankenhäuser nicht sofort umgebaut werden müssen.

Die Erhöhung der Produktion der Kolchosen und Sowchosen erörtern auf einer zurzeit im Kreml in Moskau stattfindenden Konferenz 1900 Landwirtschaftsarbeiter.

Wirtschaftsstatistik

Sowjetunion

Die Industrieproduktion 1957–1960

	1957	1958	1959	1960
Gusseisen (Mill. t)	37,0	39,0	43,0	46,8
Rohstahl (Mill. t)	51,0	54,9	59,9	65,3
Walzstahl (Mill. t)	40,2	42,9	47,0	50,9
Eisenerz (Mill. t)	84,2	88,8	94,4	107,0
Erdöl (Mill. t)	98,3	113,0	129,5	148,0
Kohle (Mill. t)	463,0	496,0	506,5	513,0
Erdgas (Md. m3)	20,2	29,8	37,2	47,0
Elektrizität (Md. kWh)	209,5	233,0	264,0	292,0
Schwefelsäure (Mill. t)	4,6	4,8	5,1	5,4
Werkzeugmaschinen (in 1000 St.)	130,0	138,0	146,0	154,0
Schmiede- und Druckmaschinen (in 1000 St.)	24,0	24,6	28,5	29,5
Metallurgische Ausrüstung (in 1000 t)	164,0	173,0	200,0	218,0
Personenautos (in 1000 St.)	113,6	122,0	124,5	139,0
Lastautos und Autobusse (in 1000 St.)	381,9	389,0	370,5	385,0
Traktoren (in 1000 St.)	204,0	220,0	213,5	283,5
Nutzholz (Mill. m3)	216,0	235,0	245,0	247,0
Zement (Mill. t)	28,9	33,3	38,8	45,5
Baumwollgewebe (Mill. m2)	5,6	5,8	4,6	4,8
Wollgewebe (Mill. m2)	282,0	303,0	416,0	439,0
Uhren aller Art (Mill. St.)	23,5	25,0	26,2	26,0
Radioapparate (Mill. St.)	3,6	3,9	4,0	4,2
Fernsehgeräte (Mill. St.)	0,7	1,0	1,3	1,7
Kühlschränke (in 1000 St.)	309,0	360,0	426,0	529,0

(Quellen: «Prawda», 27. Januar 1958; «Prawda», 16. Januar 1959; «Prawda», 22. Januar 1960; «Prawda», 26. Januar 1961.)

In den Jahren 1957 bis 1960 ergab sich ein bedeutender Anstieg in der industriellen Produktion der Sowjetunion. Im Jahre 1958 wurde die Wachstumsrate der gesamten Industrieproduktion auf 11 Prozent, in den nachfolgenden zwei Jahren jeweils auf 10 Prozent beziffert. In jedem der letzten drei Jahre wurden die grössten Erfolge in der Herstellung von Kapitalgütern erzielt.

Die Grundindustrien, vornehmlich die metallurgischen, Oel-, Zement- und Maschinenbauindustrien, konnten eine beträchtliche Produktionszunahme in diesem Zeitraum buchen. 1960 wurden in der Eisenhüttenindustrie nahezu 25 Prozent mehr Gusseisen, 30 Prozent mehr Rohstahl und 25 Prozent mehr Walzstahl ausgestossen als im Jahre 1957. In der Energiewirtschaft bestand die Tendenz, die Kohlenförderung zugunsten eines rascheren Ausbaus der anderen Energiesektoren zu vernachlässigen. Im Vergleich zum Jahre 1957 wurden 1960 folgende Zunahmen in der Energieerzeugung festgestellt: Erdöl 50 Prozent, Erdgas 135 Prozent und Elektrizität 30 Prozent. 1960 stand die Sowjetunion schon an erster Stelle unter den Industrieländern in der Herstellung von Werkzeugmaschinen.

Die grössten Erfolge auf dem Verbrauchsgütersektor wurden in der Herstellung von Fernsehgeräten und Kühlschränken verzeichnet. 1960 wurden 140 Prozent mehr Fernsehgeräte und 70 Prozent mehr Kühlschränke fabriziert als im Jahre 1957.

Industrie

UdSSR

Wo gibt es Thermometer?

Gleichzeitig mit der Mitteilung über den Abschuss des neuen sowjetischen Sputniks von 6,5 t Gewicht, berichtet die sowjetische Presse über unhaltbare Zustände in einer Reihe von Industriezweigen und Betrieben, die Gegenstände des täglichen Gebrauchs herstellen. Die folgende Episode ist der Zeitung «Ekonomitscheskaja gazeta» entnommen worden: Ein Ingenieur aus dem

Uralgebiet ist auf der Dienstreise in Moskau. Statt die üblichen Geschenke und Souvenirs zu kaufen, ist er tagelang auf der Suche nach einem Fiebermesser. Er besuchte 50 Apotheken der Hauptstadt und fand nur in drei davon Fiebermesser, die er aber nicht kaufen konnte, weil sie auf Grund eines ärztlichen Rezeptes abgegeben werden. Dass er im Uralgebiet, wo kompizierteste Maschinen hergestellt werden, keinen Fiebermesser findet, scheint ihn nicht zu verwundern, dass er aber sogar in Moskau keinen findet, stimmt ihn nachdenklich und ratlos stellt er fest: «Unsere Technik hat doch gewaltige Fortschritte gemacht und ein Thermometer ist doch kein allzu kompliziertes Instrument. Unverständlich, was damit los ist.»

Das von der Zeitung zur Erklärung der geschilderten Episode entworfene Bild entspricht dem allgemeinen Zustand der Industrie der Gegenstände des täglichen Bedarfes. Der Gegensatz zwischen den Leistungen der sowjetischen Raketentechnik und dem fehlenden Fiebermesser ist so gross, dass die Geschichte vom rezeptpflichtigen Fiebermesser unglaublich erscheinen könnte, wenn sie nicht in der Presse veröffentlicht worden wäre.

Fiebermesser und Schuhe, Möbel und Esswaren sind «Kleinigkeiten», die für die weltweiten Ziele des Kommunismus von nur untergeordneter Bedeutung sind. Der Mensch zählt bloss als Mitglied der Gesellschaft, und diese Gesellschaft muss durch die Entwicklung der Industrie, durch die Förderung der technischen Wissenschaften und durch den Propagandaerfolg der Weltraumraketen raschestens das Endziel erreichen.

125 000 Freiwillige vor!

Kürzlich erliess der Kommunistische Jugendverband der UdSSR, Komsomol (Mitgliedschaft 20 000 000) einen Aufruf an seine Mitglieder zwecks Rekrutierung von 125 000 Freiwilligen, die sich als Traktorführer und Mechaniker ausbilden lassen sollten, damit sie zur Arbeit in sogenannten Neulandgebieten eingesetzt werden können. Dieser Schritt erfolgte als Antwort auf einen Vorschlag Ministerpräsident Chruschtschews, wonach mindestens 100 000 Mechaniker und sonstige Fachleute in den Gebieten des Ostens angesiedelt werden müssten, wo die landwirtschaftliche Produktion weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei.

Kriminelles

UdSSR

Mit Messern und Eisenstangen

Nach einem Bericht der sowjetischen Zeitung «Literaturnaja Zhisn» wird die Hafenstadt Wladiwostok im Fernen Osten von Halbstarken und jugendlichen Kriminellen terrorisiert. Der schockierende Bericht von Morden und Ueberfällen zeigt eines der schweren Probleme auf, die sich mit der Entsendung von Tausenden von jungen Männern und Frauen in die Neulandsgebiete in Zentralasien, Sibirien und im Fernen Osten stellen.

Der Mord an einem 23jährigen Komsomolführer in einem Wladiwostoker Arbeiterwohnheim veranlasste die Zeitung, diesen Artikel zu veröffentlichen.

«Halbstarke, mit Messern und Eisenstangen bewaffnet, üben eine eigene Gewalt in einigen dieser Wohnheime aus», schreibt die Zeitung. «Sie haben Druzhinniki (unbewaffnete freiwillige Polizisten) hinausgeworfen und Aufsichtspersonal verprügelt, als diese versuchten, für Disziplin und Sittlichkeit unter den jungen Männern und Mädchen zu sorgen.»

«Wilde und furchtbare Dinge geschehen», berichtet die Zeitung. «Nachts sieht man Dutzende von Personen, Messer und Eisenstangen unter ihren Mänteln versteckt, beim Verlassen des Wohnheimes. Sie machen sich auf den Weg zu einem anderen Wohnheim, das demobilisierte Soldaten beherbergt, um es tätlich anzugreifen.»

Das Blatt erzählt sodann, wie Jakunin, Vorsitzender des Ausschusses für soziale- und Wohnfragen, abends ein Mädchen auf seinem Zimmer besuchte, um zu prüfen, ob es seiner Anweisung gefolgt wäre, und keine zweifelhaften Parties mehr gebe. Am nächsten Tag hatte sich eine Gruppe Halbstarker zu Herrn Jakunin begeben, und ihn schwer verprügelt.

Den grössten Teil der Schuld an diesen Geschehnissen schreibt «Literaturnaja Zhisn» dem Komosol (Kommunistischen Jugendverband) zu, weil dieser die jugendlichen Kriminellen nicht von den jungen Leuten sondiert hätte, die sich in Moskau und anderen Städten für den Arbeitsdienst im Fernen Osten gemeldet hatten. Der Verband hätte nur die Besten unter den Freiwilligen schicken sollen, statt alle jene, die sich bloss für einen besseren Verdienst interessierten.

Siedlungspolitik

Polen

Der Bumerang

Bei der Errichtung von Bauernhöfen in West- und Nordpolen hat man mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die polnische Zeitung «Zycie gospodarcze» am 5. Februar zu berichten weiss. Die Zeitung schreibt, die Siedler kümmerten sich nicht um die Errichtung der Höfe, obwohl sie vom Staat beträchtliche Subventionen erhielten. Der Verfasser stellt unter anderem auch fest, dass es die Aufgabe der Gesellschaft sei, die Entwicklung der Westgebiete zu fördern sowie die Bauaktionen zu unterstützen und zu forcieren. Dadurch werde eine Stabilisierung der Siedler und ihre engere Verbindung mit der neuen Heimat ermöglicht. Im Staatsbudget seien grosse Summen für solche Aktionen eingesetzt, man müsse aber auch dahin wirken, dass die Bauern die Reparaturen der Häuser aus eigenen Mitteln bestreiten.

In diesem Zusammenhang darf einmal mehr auf einen Umstand hingewiesen werden, der es mehr als verständlich erscheinen lässt, dass die «Siedlerfreuden» in Westgebieten nicht ausgesprochen üppig ins Korn schiessen — trotz staatlicher Beihilfen usw. Erinnert sei nur an die noch vor kurzer Zeit von Staates wegen geförderte Kampagne einer angeblichen «Bedrohung dieser Westgebiete durch den westlichen Militarismus». Man paukte den Leuten täglich ein, dass diese Gebiete vom «revanchelüsternen Westdeutschland» früher oder später ohnehin wieder zurückerobert würden. Und nun wundert man sich, warum die Siedler keine Begeisterung zeigen, sich in diesen Gebieten niederzulassen und ihr eigenes Geld in einem Besitztum zu verlochen, das nach den Prophezeiungen der Regierungsstellen schon morgen durch den «Krieg der Imperialisten» verlorengeht. Die künstliche Förderung der Kriegs- Eroberungspsychose durch den kommunistischen Staat erweist sich also auch in dieser Hinsicht als ein Bumerang.

Iran vor einem baldigen Umbruch?

Staats- und Regierungsform: Konstitutionelle Monarchie. — Parlament aus zwei Kammern (Majlis und Senat); Wahl der Majlis-Abgeordneten für zwei Jahre. — Wahlberechtigt alle über 20 Jahre alten Männer. — Wehrpflicht. — Verwaltungsgliederung in zehn Provinzen und zwei Generalgouvernements.

Staatsoberhaupt: Mohammed Reza Schah Pahlevi, Kaiser seit 1941.

Regierungschef: Ministerpräsident Scharifimami (Cherif Emami).

Parteien: die Nationalistische (Melliyun) Partei und die Volkspartei (Mardom). Die linksgerichtete Nationale Front (Tudeh) wurde verboten.

Fläche: 1 621 866 Quadratkilometer.
Einwohner: 20 650 000 (1960).

Städte: Teheran (Hauptstadt) 1 513 614 Einwohner, Täbris 290 195 Einwohner, Isfahan 254 876 Einwohner.

Bevölkerung: über 60 Prozent iranische Perser, fast 20 Prozent turktatarische Aserbaidschaner; ausserdem Kurden, Araber, Beludschen und andere Gruppen; mehrere Millionen weisen nomadische Lebensform auf.

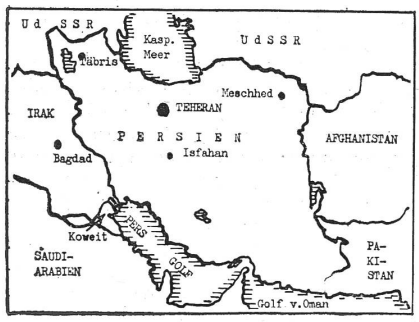
Staatssprache: Persisch, Kurdisch und Umgangssprachen der verschiedenen nichtiranischen Völker.

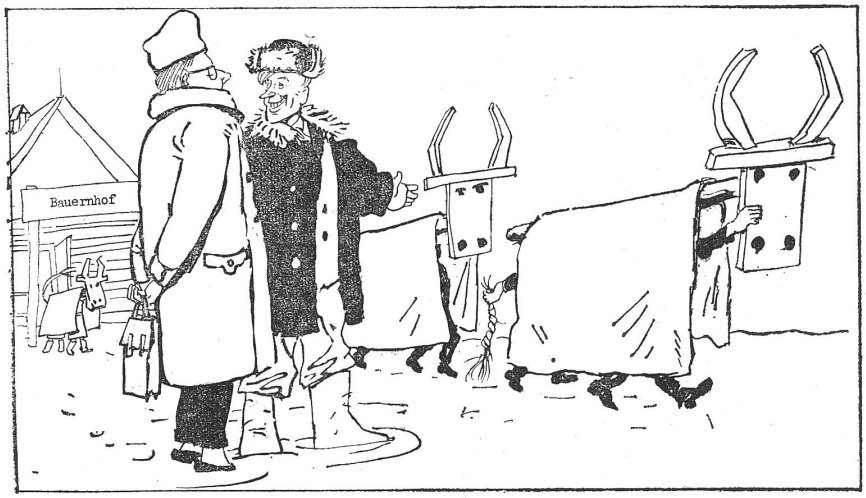
Religion: Islamisch; rund 90 Prozent Schiiten (Schia als Staatsreligion), Rest Sunniten; zahlreiche Sekten. 140 000 Christen, etwa 10 000 Anhänger der alten Zarathustra-Religion.

Wichtige Ausfuhrgüter: Erdöl (50 bis 60 Prozent des Ausfuhrwertes), Baumwolle, Trockenfrüchte (Datteln, Rosinen), Teppiche, Wolle, Reis, Häute und Felle, Oelsaaten.

Wichtigste Handelspartner: Grossbritannien, die USA, die Bundesrepublik, Sowjetunion und Japan.

Mitgliedschaft: Uno, Cento, Bandung-Staaten. (Siehe S. 2 «Unzufriedene»)





Ist es nicht fabelhaft, wie alles klappt?

Die sowjetische satirische Zeitschrift «Krokodil» glossiert einmal mehr die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Zahlreich sind die Beschwerden bezüglich Nichteinhaltung der Plansolls und der davon herrührenden Mogeleien und Fälschungen der Statistiken. Erst kürzlich wurde ein Fall bekannt, wo Kühe dreimal verkauft und dreimal verrechnet wurden (KB Nr. 5). «Und wie steht es mit der Stückzahl, Genosse?» wird der Kolchosenleiter gefragt, der die prompte Antwort gibt: «Zugenommen, wie Sie sehen!» Wenn der Beamte etwas mehr sehen sollte, als dem Kolchosenleiter lieb ist — wird er vielleicht ein Auge zudrücken!

Presse und Propaganda

Ostblock/Afrika

Schärfung der Waffen

In Conacry (Guinea) wurde eine Journalisten-Schule eröffnet, an der tschechoslowakische und polnische Fachleute in einem dreimonatigen Kurs, dem weitere folgen sollen, 25 neue guinesische Journalisten schulen werden. Der Minister für Informationen und Touristik, Ben Gali Gamara hob in seiner Rede hervor, dass die Aufgabe der guinesischen Journalisten nicht nur darin liege, zu informieren, sondern vor allem darin, für eine bessere Zukunft des Volkes Guineas, für eine vollständige Befreiung Afrikas und für den Frieden und ein friedliches Zusammenleben aller Völker der Welt zu kämpfen. (Radio Prag, 21. Februar 1961.)

Eine in der Tschechoslowakei weilende Delegation der Mali-Republik führte, wie «Rude Pravo» am 15. Februar 1961 berichtete, mit der tschechoslowakischen Presseagentur Verhandlungen über ein Abkommen. Dieses ermöglicht der Mali-Republik, von tschechischen Presse-Erfahrungen Gebrauch zu machen, um das Niveau der Presse in Mali zu heben und auszubauen. Die CSSR gewährt der Republik in Afrika auch jede technische Hilfe zur Errichtung einer eigenen Presseagentur und gleichzeitig übernimmt die Tschechoslowakei die Erziehung und Ausbildung der Journalisten und Presseleuten des genannten afrikanischen Staates.

(Kein Zweifel, dass die Ausbildung des jungen Journalistenkaders Jung-Afrikas mit der nötigen ideologisch-propagandistischen Begleitmusik erfolgen wird, weil man in kommunistischen Staaten früher als im Westen erkannt hat, welch wirksames und unerlässliches Kampfmittel die Presse darstellt.)

Neue Agentur für «Völkerverständigung»

In Moskau wurde — neben der «Tass» — eine zweite Depeschenagentur «Nowosti» (Neuigkeiten) gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Ausland über die internen Verhältnisse in der UdSSR zu informieren und im sowjetischen Inland Berichte über das Leben anderer Völker zu verbreiten. Die Agentur soll vor allem der Völkerverständigung dienen. Dem Gründerrat gehören u. a. der Chefredaktor der «Prawda» und der Chefredaktor der «Iswestija» Alexei Adschubei, Schwiegersohn Chruschtschews, an.

Religion und Ethik

Sowjetdeutschland

Dilemma um die Namensgebung

Ob Austritt aus der Kirche die Vorbedingung für die Durchführung der sozialistischen Namensgebung sei? fragt die Zeitung «Neues Deutschland» (29. Januar 1961) und veröffentlicht den Brief einer Leserin (siehe unten). Das Blatt erteilt hierzu die Antwort, die aufzeigt, dass man höheren Ortes dieses «heisse Eisen» nicht gerne berührt, und wenn man schon der sozialistischen Namensgebung den Vorzug gibt, klingt die Begründung nicht gerade überzeugend. Offenbar will man es mit der Kirche auch nicht ganz verderben.

Nachstehend der Brief und die Antwort:

«Ich möchte Ihnen hier einen Fall schildern, der mich und meinen Mann sehr verbittert hat:

Wir sind beide jung verheiratet und haben einen vier Monate alten Sohn, der die sozialistische Namensgebung erhalten sollte. Vor etwa 14 Tagen bat ich in meinem Betrieb darum, dieses Fest am 5. Februar durchzuführen. In einer Aussprache mit dem Betriebsleiter, dem BPO-Vorsitzenden sowie dem BGL-Vorsitzenden wurde jedoch unser Wunsch mit folgender Begründung abgelehnt:

Wir hätten uns kirchlich trauen lassen und wären ausserdem noch Mitglieder der Kirche. Wenn wir uns von den Traditionen der Kirche trennen wollten, indem wir unser Kind nicht taufen lassen, sondern dass es die Namensgebung erhalten soll, so sollten wir doch bei uns beginnen.

Mit andern Worten, wir sollten also erst aus der Kirche austreten, bevor unser Söhnchen die Namensweihe erhält!...

Bitte antworten Sie mir doch, ob wir wirklich einen so grossen Fehler begangen haben, indem wir noch als Mitglieder der Kirche die sozialistische Namensgebung für unseren Uwe beantragen.

Johanna Zwieg, Schwerin.»

*

«Nein, liebe Frau Zwieg, Sie haben gar keinen Fehler begangen, als Sie für Ihren Uwe eine sozialistische Namensgebung durchführen wollten.

Sie zeigen mit diesem engstirnigen Verhalten, zu dem Ihre Parteiorganisation Stellung nehmen sollte, dass Sie grundlegende Züge unserer Politik, wie sie besonders in der Erklärung des Staatsrates dargelegt wurden, nicht verstanden haben...»

Litauen

Auch der Letzte fällt

Aus Litauen hat der Vatikan erfahren, dass die dortigen kommunistischen Behörden den Bischof von Wilna, Julius Steponavicius, misshandelt, verhaftet, in ein nördlich von Kowno gelegenes Dorf deportiert und dort praktisch eingekerkert haben. Mit der Verhaftung Steponavicius ist der letzte von früher sechs amtierenden Bischöfen Litauens von den Sowjets «liquidiert» worden. Vorwand: Er weigerte sich, drei der römischen Kirche untreu gewordenen moskauhörigen Seminaristen die Priesterweihe zu erteilen. Das Vorgehen der Machthaber Litauens steht in krassem Gegensatz zu der vielfach verbreiteten Behauptung einer in letzter Zeit angeblich «liberalen Politik» der Sowjets in kirchlichen Dingen. Wahrscheinlicher ist nach wie vor, dass diese in den von ihnen unterjochten Ländern zur völligen Vernichtung der Kirche und zur gänzlichen Ausrottung des Glaubens entschlossen sind.

Sowjetdeutschland

Bischof mit Fragezeichen

Der Staatssekretär für Kirchenfragen in Sowjetdeutschland, Seigewasser, will eine Kirche nach «Prager Muster» bilden, wie die in Frankfurt erscheinende Bundeskorrespondenz aus Ostberlin erfuhr. In der Tschechoslowakei sind nämlich die Pfarrer Angestellte des Staates, der ihnen auch ihr Gehalt bezahlt und sie jederzeit versetzen oder entlassen kann. Für die von Seigewasser geplante Kirchenorganisation in Sowjetdeutschland hat man auch bereits einen Bischof bereit: Pfarrer Kehnscherper, der an der Universität Greifswald Theologie lehrt. Schon unter Hitler hatte er die nationalsozialistische Politik der Gleichschaltung der Kirche unterstützt. Heute bezeichnet er jedoch den atheistischen Staat Ulbrichts als «wahres Christentum...» Tempora mutantur...

ZUR KLÄRUNG DER BEGRIFFE

Was ist «Klasse»?

In westlicher Auffassung:

a) Im Wortsinn:
Lehnwort um 1600 aus dem Lateinischen übernommen; es hat die Bedeutung von Abteilung, Einstufung und wurde viel in der Logik und Logistik verwendet.

b) *Soziologisch:* «Bezeichnung für einen im Unterschied zum Stand nicht mehr privilegierten, aber noch zusammenhaltenden, durch ein besonderes Bewusstsein, besondere wirtschaftliche Lage und besondere gesellschaftliche Bedeutung gekennzeichneten Personenkreis.» (Landshut/Gaebler, «Politisches Wörterbuch», Tübingen, J. C. B. Mohr, 1958.)

c) *Politische* Bedeutung bekam der Begriff durch Karl Marx im 19. Jahrhundert, der in seiner Lehre im wesentlichen zwei sich einander bekämpfende Klassen unterschied. Die eine Klasse, die die Produktionsmittel besitzt, die andere, die von deren Besitz ausgeschlossen und daher von der ersteren hoffnungslos abhängig ist. Darin liegen die Ursachen zur Entstehung des «Klassenbewusstseins» und des «Klassenkampfes», der die Befreiung der Nichtbesitzenden aus ihrer Abhängigkeit und die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft zum Ziel hat.

In östlicher Auffassung:

Das Verständnis des Begriffes im sowjetischen Raume beruht auf den von Marx gegebenen und von Lenin ergänzten Definitionen, das heisst in diesem Bereich hat der Begriff nur noch eine politische Bedeutung.

a) *Marx 1847, Frühschriften, Seite 524:*
«Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse, wie die Bedingung der Befreiung des dritten Standes, der bürgerlichen Ordnung, die Abschaffung aller Stände war.»

b) *Lenin 1919, ausgewählte Werke, deutsch, Band 2, Seite 570:*
«Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der sozialen Wirtschaft.»

c) *Lenin 1914, Werke, deutsch, Band 17, Seite 299:*
«Die Klassen abzuschaffen bedeutet, alle Bürger in ein gleiches Verhältnis zu den Produktionsmitteln der gesamten Gesellschaft zu bringen, bedeutet, dass alle Bürger gleiche Arbeitsmöglichkeiten mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln, auf gesellschaftlichem Grund und Boden, in gesellschaftlichen Fabriken und so weiter haben.»

d) *Chruschtschew 1956, «Prawda» vom 15. Februar 1956:*
«In den Ländern, in denen der Kapitalismus noch stark ist, ist ein ernsthafter Widerstand der reaktionären Kräfte unvermeidlich. Dort wird sich der Uebergang zum Sozialismus unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes, eines revolutionären Kampfes vollziehen.»

Ungarn schafft Erleichterungen für Touristen

Ungarn will seinen Touristenverkehr forcieren. So werden ab 15. März Touristen, die beim staatlichen Reisebüro IBUSZ buchen, das Visum sofort erhalten, und nicht erst nach zwei Wochen, wie das bisher der Fall war. Im Laufe dieses Jahres sollen auch eine grosse Anzahl Hotels und Gaststätten gebaut werden, um den erwarteten Aufschwung des Reiseverkehrs bewältigen zu können.

Erziehungsprobleme

Jugoslawien

Was denken Sie über...

Das Universitätskomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in Zagreb hat unter den Studenten eine Befragung durchgeführt, an welcher sich über 3000 Studenten und Studentinnen beteiligten. Das Alter der 2946 Studenten war zwischen 18 und 25 Jahren, 227 Studenten waren zwischen 26 und 29 Jahren und 26 waren über 30 Jahre alt. Nachstehend einige der Fragen und die Antworten darauf, nach einem Artikel im «Kommunist» (Belgrad) vom 9. Februar 1961:

Frage: Was denken Sie über das System der sozialistischen Demokratie in Jugoslawien?

Antwort:	Studentenzahl	Prozentzahl der Beteiligten
Es ist die beste Form der modernen Demokratie	1437	43,6%
Es hat viele Mängel im Vergleich mit der westlichen Demokratie	324	9,3%
Es ist nicht schlechter als die westliche Demokratie	635	19,2%
Es ist keine echte Demokratie	762	23,1%
Ohne Antwort	103	4 %

Frage: Was denken Sie über Marxismus?

Antwort:		
Er ist für mich die Wahrheit und eine revolutionistische Gesellschaftstheorie	2090	63,5%
Er ist für mich eine allzu dogmatische und veraltete Lehre	396	12,3%
Es interessieren mich keine theoretischen Probleme	713	21,6%
Ohne Antwort	92	2,3%

Frage: Sind Sie Anhänger des Marxismus?

Antwort:		
Ich anerkenne den Marxismus	1730	52,2%
Ich lehne den Marxismus ab	103	3,1%
Ich anerkenne ihn teilweise	641	19,4%
Ich kenne ihn nicht gut	754	22,6%
Ohne Antwort	63	1,9%

Frage: Denken Sie, dass die Religion für den Menschen notwendig sei?

Antwort:
21,8% erklärt, sie sei notwendig, und 71,9% sie sei unnötig und sogar schädlich.

Curriculum der Woche

TROFIM DENISOWITSCH LYSENKO

Neuer Chefberater Chruschtschews für landwirtschaftliche Fragen ist der weltbekannte Biologe und Genetiker Trofim Denisowitsch Lysenko.

Lysenko wurde 1898 in einer Bauernfamilie im Dorf Karlowka des damaligen Gouvernements Poltawa geboren. 1917 beendete er die Elementarschule für Obst- und Gemüsebau in Poltawa und 1921 die Gärtnerfachschule in Uman. 1925 absolvierte er das Landwirtschaftsinstitut zur Ausbildung von Agrarfachleuten in Kiew mit dem Titel eines Agronomen. Von 1929 bis 1934 war Lysenko der Hauptsachverständige der Abteilung für Physiologie des Allunions-Instituts für Saatzucht- und Genetikprobleme in Odessa. Von 1934 bis 1936 wissenschaftlicher Leiter und von 1936 bis 1939 Direktor des obgenannten Instituts in Odessa. Ab 1949 wurde Lysenko Direktor des Forschungsinstituts für Genetik der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion. Für seine Forschungsarbeiten über die Sommeraussaat von Kartoffeln erhielt er 1941 die erste, 1943 die zweite Stalin-Prämie für die Erarbeitung einer speziellen Aussaatmethode von Speisekartoffeln. 1949 wurde ihm der Stalin-Preis zum drittenmal verliehen, und zwar für seine Schrift «Agrobiologija» und im Jahre darauf die goldene Metschnikoff-Medaille für seine Forschungsarbeiten auf biologischem Gebiet. Obwohl er nicht Parteimitglied war, erhielt Lysenko die Einladung, am 20. Parteikongress 1956 teilzunehmen, in dessen Verlauf er ebenso als Redner auftrat, wie in den Plenarsitzungen des ZK der KPdSU von 1958/1959. 1960 stand er an der Spitze der sowjetischen Delegation, die sich in Budapest an der ungarischen Konferenz über Fragen des Maisanbaus beteiligte.

Seine wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten sind: «Selektion und Theorie der Stadienentwicklung der Pflanzen», «Ueber die Kreuzungsversuche gleicher Pflanzenarten durch Selbstbestäubung», «Ueber zwei Richtungen innerhalb der Genetik», «Der Organismus und die Umwelt», «Ueber die Vererbungsfaktoren und ihre Mutationen», «Die Agrobiologie», und «Die Umformung der Natur der Pflanzen».

Lysenko ist Inhaber von sieben Lenin-Orden. Durch die Anpassung seiner Arbeiten an die materialistische Weltanschauung gewann er die Gunst Stalins. Sein Stern, der nach Stalins Tod verblasste, ist jetzt, infolge der erheblichen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, wieder am sowjetischen Himmel aufgestiegen.

Grösster Lehrermangel

herrscht in Jugoslawien, und zwar fehlen in Serbien 8000, in Bosnien und der Herzegowina 6118, in Kroatien 2000, Slowenien 1500; in Mazedonien sind 70 Schulen geschlossen. Als Ursache für den Lehrermangel bezeichnet die «Ekonomska Politika» vom 4. Febr. 1961 die ungenügende und unbefriedigende gesellschaftliche wie soziale Lage der Lehrer.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

1. März 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Zielscheibe einer heftig geführten sowjetischen Verleumdungskampagne ist der seit acht Jahren amtierende Uno-Generalsekretär Dag Hammarskjöld. Warum, fragt man sich, ist dieser vielgeachtete schwedische Diplomat in sowjetischen Regierungskreisen so verhasst?

Bis vor einem Jahr erschienen in der sowjetischen Presse selten Meldungen über Hammarskjöld und seine Tätigkeit in der Uno. Seit zwei Wochen aber, als die Sowjets Hammarskjöld offiziell das Vertrauen entzogen, ist der Uno-Generalsekretär jedem Sowjetbürger bekannt. Sie erfuhren aus einer Regierungserklärung, dass, als Lumumba und seine Gefährten «von Söldnern der Kolonialisten verhaftet, ins Gefängnis geworfen, und unmenschlichen Folterungen ausgesetzt wurden, und als es der ganzen Welt klar wurde, dass ihre Leben in Gefahr seien, Herr Hammarskjöld keinen Schritt unternommen habe, um die gewählten Führer des kongolesischen Volkes zu retten». Jeder Leser der Zeitung «Iswestija» erfuhr, dass «dieser Lakai der Kolonialisten einen unauslöschlichen Schandfleck auf die blauen Farben der Uno geworfen» habe. Nur ein aufmerksamer Leser der «Prawda» vom 8. April 1953 hätte jedoch aus einer fünfzeiligen Meldung erfahren können, dass Dag Hammarskjöld als Uno-Generalsekretär gewählt wurde. Er hätte jedoch gar nichts von einer Erklärung des sowjetischen Uno-Delegierten Wyschinski vor der Uno-Versammlung lesen können, in der es hiess: «Wir sind überzeugt, dass wir von der Wahl Hammarskjölds nicht enttäuscht oder betrogen sein werden.»

Auch Hammarskjölds offizieller Besuch als Uno-Chef in der Sowjetunion fand weniger die Aufmerksamkeit der sowjetischen Presse als die gleichzeitig stattfindende Visite des Schahs von Persien, der gewöhnlich ein «reaktionärer Feudalherr» genannt wird. Biographische Skizzen Hammarskjölds, die damals in der sowjetischen Presse erschienen, betonten seine Beziehungen zu «Bankkreisen» sowie die Tatsache, dass er der Sohn eines Ministerpräsidenten sei.

Der Grund für die geringschätzige Behandlung Hammarskjölds in den sowjetischen Zeitungen liegt in dem sowjetischen Standpunkt, dass das Amt Dag Hammarskjölds nie grossen Einfluss gewinnen sollte. Nach sowjetischer Ansicht war der Generalsekretär bloss der höchstrangige Offizier der Exekutive und sollte niemals in der Lage sein, Schritte unternehmen zu können, die nicht von allen Grossmächten gutgeheissen würden.

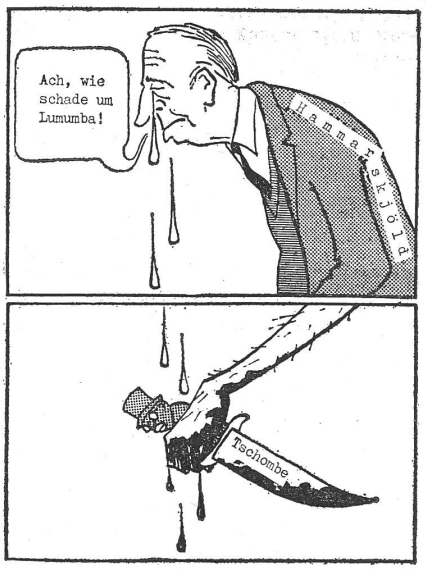
Die Haupteinwände der Sowjetuion gegen Hammarskjöld beziehen sich auf seine Tätigkeit nach seiner Wiederwahl. Seit 1957 versucht der Uno-Generalsekretär eine zunehmend unabhängige Rolle in der Weltpolitik zu spielen — «um», wie er selber sagte, «die Lücken zu füllen, die in den Systemen zum Vorschein kommen, welche die Uno-Satzungen und die traditionelle Diplomatie für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit darstellen».

Für die Russen war die Kongokrise bloss der letzte Anstoss. Die Haltung Hammarskjölds in der Libanon- und Laoskrise wird ihm jetzt zur Last gelegt, und als Beweis für seine Zusammenarbeit mit den Imperialisten gedeutet. Im Juli 1958 beschloss Hammarskjöld eigenmächtig, die Uno-Beobachtungstruppen in Libanon zu erweitern — nachdem die Sowjets zu einem diesbezüglichen amerikanischen Vorschlag das Veto eingelegt hatten.

Genau so war es auch im Falle Laos. Trotz sowjetischer Warnungen, dass Hammarskjölds Besuch unerwünscht sei, hat der Generalsekretär das vom Krieg zerrissene Land bereist und in Laos auch einen ständigen Uno-Beobachter eingesetzt. Hammarskjöld, der eine starke Uno zum Schutze der kleinen Länder aufbauen will, ist den Sowjets unbequem geworden. Sie glauben, wenn ihnen dieser Mann des Friedens nicht mehr im Wege stünde, könnten sie die Weltorganisation als Forum ihrer Weltrevolution missbrauchen.

Die Hand der Kolonialisten

In der gesamten Ostpresse erschienen dieser Tage Karikaturen, die sich mit dem Tod Lumumbas und seiner angeblichen Mörder befassen. Selbstverständlich sind es Hammarskjöld und seine «Helfershelfer» Tschombe, Kasavubu und Mobutu die einzig und allein dafür verantwortlich gemacht werden. Es versteht sich, dass die Sowjets und die von ihnen ferngesteuerten Satelliten alle ins gleiche Horn stossen. Haben sie den ersten kongolesischen



Ministerpräsidenten zwar schon seit Monaten sorgsam und unablässig zum Symbol des Antikolonialismus und des afrikanischen Freiheitsdranges aufgebaut, so schlachten sie die gegebene Situation nach der Ermordung Lumumbas erst recht aus und suchen die Geister zu verwirren. Vor allem soll Hammarskjöld, dem Uno-Generalsekretär, dessen Stellung schon lange systematisch unterhöhlt wurde, der Prozess gemacht werden. Sicher ist jeder Mord verabscheuungswürdig, aber es gilt immerhin zu bedenken, dass Lumumba dasselbe Schicksal erlitt, das er seinen Gegnern zugedacht hatte, falls er an die Macht gekommen wäre. Wie die sowjetische Zeitung «Sowjetskaja Rossija» vom 15. Februar die Sache sieht, zeigt unsere Zeichnung mit dem Krokodilstränen weinenden Hammarskjöld, der sich im untern Bildteil als der Verbrecher entpuppt. «Die Hand der Kolonialisten», an der einzig und allein das Blut klebt! So einfach liegen, nach der Meinung der Sowjets, nun einmal die Dinge auch in diesem Falle!

Der Schnappschuss

«Sexfilme, an der Oberfläche unpolitisch und einfältig, bilden die Frontlinie der Reaktion im Kalten Krieg, ein Fundament der faschistischen Massenpsychologie» schreibt die ostdeutsche Zeitung «Märkische Volksstimme». Wenn Brigitte Bardot, mit dem Badetuch umwickelt, über die Leinwand läuft, meint das Blatt, soll sie die Aufmerksamkeit der Kinobesucher von den aggressiven Atombasen, den sozialen Krisen, den Regierungsskandalen im Westen ablenken.

*

Um zu demonstrieren wie sozialistische Liebe wirkt, wurde in der ostdeutschen Zeitschrift «Neues Leben» folgende Liebesgeschichte zitiert: «Bei einem Wochenendausflug an die Ostsee haben sich der 20jährige A. Hempel und die 21jährige B. Gatz am flackernden Lagerfeuer verlobt. Sie hatten sich erst auf dieser Fahrt kennengelernt. Es war sozialistische Liebe auf den ersten Blick. Die Verlobte sagte von ihrem künftigen Ehemann: ‚Er hat so schön gelacht — und er trug das Parteiabzeichen. Ist das nicht gut?'»

*

Dieser Tage feiert die polnische Presse ihren 300. Geburtstag. Zu diesem Anlass schreibt die Warschauer Zeitung «Zycie Warszawy» u. a.: «Die polnische Presse ist 300 Jahre alt ... Eine lange Zeit ... eine lange Zeit ... Man könnte sie (die Presse) eine kleine alte Dame nennen. Nun, wir wissen alle, wie kleine alte Damen sind: Sie sehen nicht mehr so gut wie früher, sie hören nicht mehr so gut, man kann nicht immer verstehen, worüber sie sprechen, und sie wiederholen sich oft.» Der Kommentator der genannten Zeitung verschweigt jedoch wohlweislich, welche politischen Umstände die polnische Presse in den Zustand der «alten Dame» gebracht haben ...

*

Die Jugend Sowjetdeutschlands soll ihre Ferien zu äusserst günstigen Bedingungen geniessen können: Die Kosten kommen für 14 Urlaubstage auf nur 10 DM zu stehen. Dafür haben die Jungen diese Ferien in Lagern zu verbringen, in denen sie gleichzeitig einem vormilitärischen Drill unterworfen sind.

Hodscha sitzt noch immer im Sattel

Am 20. Februar ging in Tirana der IV. Kongress der albanischen Partei der Arbeit mit der Wahl des neuen Politbüros und der Revisionskommission zu Ende. Ins Politbüro wurden 11, statt wie bisher 9, Mitglieder gewählt: Hodscha, Schehu, Kapo, Balluku, Nuschi, Koleka, Marko, Myftius, Alija, Toska und Carcani. Dem Zentralsekretariat gehören an: Hodscha, Kapo, Marko und Toska. Die Bestätigung Hodschas als oberster Parteichef erhärtet die Tatsache, dass er zurzeit noch immer der starke Mann in Tirana ist.